

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 387

13. Juni 2007

13. Jahrgang

## 180-Grad-Drehung des Verfassungsgerichts

Am vergangenen 15. Mai erklärte das guatemalteckische Verfassungsgericht (CC) die am 18. Juni 2005 in der Gemeinde Sipakapa, San Marcos, durchgeführte Volksbefragung (Consulta Popular) über die Anwesenheit der in der Gemeinde operierenden Goldmine *Marlin* als verfassungswidrig. Dies, nachdem das gleiche Gericht, jedoch in anderer Besetzung, im April 2006 die Gültigkeit der Abstimmung sowohl in Sipakapa wie auch in Río Hondo, Zacapa, wo es um den Bau eines Wasserkraftwerkes ging, bestätigte (siehe ¡Fijáte! 358). Was steckt hinter diesem Stimmungswandel?

Der folgende Text basiert auf zwei Artikeln von *el Periódico* und *Inforpress Centroamericana* und wir hängen ihm noch die Übersetzung einer Kolumne von Magalí Rey Rosa an, die in der *Prensa Libre* erschienen ist.

Eine der Polemiken rund um die Rechtsgültigkeit von Volksbefragungen besteht darin, dass es Widersprüche gibt bei der Auslegung von Gemeindegesetzen bzw. der guatemalteckischen Verfassung. Gemäss der Verfassungsanwältin Anabella Morfín haben Volksbefragungen nur dann Gültigkeit, wenn es sich um Aspekte handelt, die spezifisch die betroffene Gemeinde etwas angehen.

Während nun die BewohnerInnen der Gemeinden Sipakapa und Río Hondo darauf bestehen, dass von der Existenz der Goldmine bzw. des Wasserkraftwerks vor allem und in erster Linie ihre Gemeinden und deren BewohnerInnen betroffen sind, wird diese Art von Projekte von den VerfassungsrichterInnen als „von nationalem Interesse“ klassifiziert.

Gemäss Verfassung gibt es zwei Sorten von Volksbefragungen: Die „verbindlichen“, die Gesetzescharakter haben und die „hinweisenden“, die quasi ein Stimmungsbarometer sind und dazu dienen, die Einstellung der Bevölkerung in Bezug auf eine bestimmte Frage zu ergründen. Zu den verbindlichen gehören laut Mario Fuentes Destarac, dem Präsidenten des *Zentrums für die Verteidigung der Verfassung* (CEDECON), all jene Volksbefragungen, die eine Verfassungsänderung nach sich ziehen wie beispielsweise die schon lange diskutierte und nie durchgeführte Volksabstimmung über eine definitive Lösung des Belize-Grenz-Konflikts. Alle anderen Volksbefragungen seien bloss Meinungsumfragen, meint Destarac, obwohl es im Dekret 12-2002 der Gemeindeverordnung heisst, dass sie einen bindenden Charakter haben. Hier widersprechen sich also die Verfassung und die Gemeindeverordnung eindeutig, bzw. sind in einer Weise unklar, dass unterschiedliche Les- und Interpretationsarten möglich sind.

Eine weitere Schwäche der Volksbefragungen wie sie in Sipakapa und Río Hondo und unterdessen auch in anderen Gemeinden in Huehuetenango und im Ixcán durchgeführt wurden ist, dass sie nicht vom *Obersten Wahlgericht* (TSE) vorbereitet und supervisiert werden. So gibt es zum Beispiel keine autorisierten Wahllisten, um festzustellen, wer in einer Gemeinde angemeldet und entsprechend wahlberechtigt ist. Eine solche Regelung müsste laut Destarac bei einer nächsten

Revision des Wahl- und Parteiengesetzes unbedingt berücksichtigt werden.

Vorläufig ist es der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, dem oder der die Autorität über eine Volksbefragung obliegt, was in dem Moment schwierig werden kann, wenn er oder sie persönliche Interessen für einen positiven bzw. negativen Ausgang der Befragung hat.

Trotzdem haben die *Consultas Populares* eine wichtige Funktion bei der Legitimierung und Stärkung der Demokratie. Sie sind eine Möglichkeit, damit die BürgerInnen sich an Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten beteiligen können. Die steigende Zahl von Volksbefragungen, die in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, beweisen, dass das Interesse der Bevölkerung an lokalen und kommunalen Angelegenheiten wächst.

Damit aber die Leute nicht das Vertrauen in die so wieso fragilen demokratischen Strukturen in Guatemala verlieren, braucht es dringend eine Regelung über Art und Verbindlichkeit der verschiedenen *Consultas*. Sergio Leonel Celis Navas, Abgeordneter der Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) und Präsident der *Kommission für Gemeindeangelegenheiten des Kongresses*, erklärt die Zunahme der Volksbefragungen mit der Steigung des akademischen Niveaus der Bevölkerung und damit einhergehend mit einer stärkeren Kontrolle der Bevölkerung über die Entscheidungen der Behörden.

(Kommentar der Redaktion: Eine fast zynische Haltung, bedenkt man, dass in ländlichen Regionen wie Sipakapa durch die Bildungspolitik der Regierung die Analphabetinnenrate nach wie vor sehr tief ist. Mit akademischer Bildung hat also der Bewusstseinsprozess, den diese Leute durchlaufen und der sie zu politisch aktiven BürgerInnen macht, wenig zu tun.)

Man könnte fast meinen, es handle sich hier bloss um ein rechtliches Vakuum, das mit den entsprechenden Gesetzesrevisionen gefüllt werden kann. Dem ist aber (nicht nur) so, es geht auch um politische Interessen, diesen

ambivalenten Rechtszustand beizubehalten und je nach Bedürfnis juristisch auszulegen.

In jeder Beziehung muss die Volksbefragung von Sipakapa als ein Präzedenzfall betrachtet werden. Nach einer am 12. Mai diesen Jahres in San Antonio Huista, Huehuetenango, durchgeführten *Consulta*, bei der sich die dortige Bevölkerung ebenfalls klar gegen die Präsenz einer Mine in ihrem Territorium aussprach, zog sich das Unternehmen, das bereits die von der guatemaltekischen Regierung ausgestellte Lizenz in der Tasche hatte, wieder zurück.

Der Widerruf des Entscheids des Verfassungsgerichts vom April 2006 kam jetzt zustande aufgrund eines Einspruches, den die AnwältInnen des Minenunternehmens *Montana Exploradora S.A.* präsentierten. Eingereicht wurde dieser Rekurs im Namen von Montana durch Rosa María Montenegro de Ga-

roz, Teilhaberin der Anwaltskanzlei *Asensio Barrios, Andrade & Asociados*.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass verschiedene RichterInnen des Verfassungsgerichts selber nebenher noch in Anwaltskanzleien arbeiten, welche die rechtlichen Interessen von transnationalen Unternehmen in Guatemala vertreten. Ein „positiver“ Entscheid, also eine Rechtsgültigkeitserklärung der Volksbefragung durch die VerfassungsrichterInnen würde somit auch den Interessen ihrer eigenen Klienten widersprechen. Den aktuellen IntegrantInnen des Verfassungsgerichts werden zudem familiäre, freundschaftliche und geschäftliche Verbind- und Verbandelungen zu hohen Politikern und Unternehmerkreisen nachgesagt.

Wir wiederholen uns nicht gerne, aber wir möchten an dieser Stelle einen Ausschnitt aus dem Artikel des oben erwähnten ¡Fijáte! 358 zitieren: „Am 18.

April (2006) übernahmen die neu gewählten RichterInnen (des Verfassungsgerichts) ihre Ämter. Ihre VorgängerInnen traten zurück, nachdem sie zwar die Entscheide in den Fällen Río Hondo und Sipakapa gefällt haben (die *Consulta* ist rechtsgültig!) aber ohne alle notwendigen Dokumente zu unterzeichnen. Im Fall von Río Hondo soll es ein unterschriebenes Urteil aber keine rechtsgültige Verkündung desselben geben. Im Fall von Sipakapa ist es noch schlimmer, da gibt es ein zwar gefälltes, aber nicht von allen Richtern unterzeichnetes Urteil. Die – schwindende – Hoffnung der Bevölkerung der betroffenen Orte besteht nun darin, dass die NachfolgerInnen der abgetretenen RichterInnen das Urteil nicht noch einmal revidieren, sondern so schnell wie möglich ihre Unterschriften darunter setzen.“

Nun hat sich also die – wachsende – Befürchtung der Bevölkerung bestätigt.

## Sich mit Gott und dem Teufel gut stellen

von Magalí Rey Rosa

Es ist beeindruckend, wie die RichterInnen des Verfassungsgerichts (CC) das verzwickte Problem lösten, das ihnen die Anwältin Rosa María Montenegro de Garoz mit der Verfassungsklage gegen die Volksbefragung von Sipakapa in die Hände legte.

Zwei Jahre brauchten sie, um einen Weg zu finden, sich sowohl mit Gott wie auch mit dem Teufel gut zu stellen. Die RichterInnen wussten, dass die guatemaltekische Regierung mit der Vergabe einer Lizenz für ein Minenunternehmen auf ihrem Territorium, ohne dass man die dort lebende indigene Bevölkerung von Sipakapa vorher konsultiert hätte, deren Rechte verletzte.

Das Recht auf eine Volksbefragung steht der indigenen Bevölkerung theoretisch zu, da Guatemala das Abkommen 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) unterzeichnet hat. Das wird auch vom Verfassungsgericht anerkannt: „Das Recht der indigenen Bevölkerung, konsultiert zu werden, ist unbestritten (...); dieses Gericht erkennt die Befragung mittels Stimmabgabe als eine geeignete Methode an, um eine solche Konsultation durchzuführen.“ Womit bewiesen wäre, dass die *Consulta Popular* von Sipakapa legal ist.

Doch danach scheint das Gericht vergessen zu haben damit beauftragt zu sein, die BürgerInnen zu schützen und das Allgemeingut zu verteidigen und dass die rassistische Regierung Guate-

malas die Verantwortung dafür trägt, einen Mechanismus für eine solche Befragung auszuarbeiten. Doch die RichterInnen befinden einfach, dass der Entscheid über solche Fragen nicht in der Kompetenz der Gemeinden liege und diese Volksbefragung nicht bindend sei. Damit entleeren sie einen der wenigen Mechanismen, die die indigene Bevölkerung Guatemalas zur Verteidigung ihrer Rechte hat, jeglichen ethischen und politischen Inhalts.

Mit dieser absurden legalen Verdrehung schicken die RichterInnen den Entscheid von über 200'000 GuatemaltekinInnen, die sich auf friedfertige Weise klar gegen die Präsenz der Goldmine in ihrer Region ausgesprochen haben, den Bach hinunter. Und schmeicheln sich damit bei den Minenunternehmen, beim Herrn Präsidenten, seinen MinisterInnen und GeschäftspartnerInnen ein.

Es geht nicht, sich sowohl mit Gott wie mit dem Teufel gut zu stellen. Mit dieser Entscheidung haben die RichterInnen Mario Pérez, Gladys Chacón, Juan Francisco Flores, Alejandro Maldonado und José Quezada klar gemacht, wem sie dienen und wen sie schützen.

Die Leute von Sipakapa haben ihre Volksbefragung friedlich durchgeführt, um damit klar und deutlich zu sagen, dass sie niemals mit der Installation einer Goldmine auf ihrem Terrain einverstanden waren und dass sie nicht zulassen, dass sich das Unternehmen in Kom-

plizenschaft mit der Regierung noch mehr Land unter den Nagel reisst. Das Verfassungsgericht, das alles andere als kristallklar und transparent ist, kann dagegen sagen was es will. Die Legitimität der Befragung von Sipakapa ist durch die dortige Bevölkerung, die seine Würde kennt und verteidigt, längst gegeben: Die Menschen in Sipakapa wollen keine Goldmine auf ihrem Land!

## Eine Woche des Widerstands

Die *Nationale Front gegen den Minenabbau* organisiert vom 11. bis zum 17. Juni landesweit eine Reihe von Aktivitäten als Zeichen des Widerstands gegen die Ausbeutung dieser Naturressource. Damit wird der zweite Jahrestag der Volksabstimmung von Sipakapa erinnert, die erste ihrer Art und ein Präzedenzfall für die guatemaltekische Justiz (siehe Hintergrundartikel in diesem ¡Fijáte!).

Am 12. Juni wird in der Gemeinde Ixchiguán, San Marcos, eine weitere von der lokalen Bevölkerung organisierte Volksabstimmung gegen den Minenabbau stattfinden, am 17. Juni endet die Woche mit einer Demonstration.

Auch in anderen Ländern Zentralamerikas finden in dieser Zeit Protestaktionen gegen die Ausbeutung der Goldminen statt.

## Was isst die ländliche Bevölkerung?

**Guatemala, 08. Mai.** Die wachsende Nachfrage nach weissem und gelbem Mais für die Produktion des Agrobrennstoffs Ethanol hat die internationalen Maispreise in die Höhe schnellen lassen. Dies hat natürlich auch Einfluss auf den guatemaltekischen Maismarkt, wo im ersten Quartal 2007 die Maispreise um bis zu 70% angestiegen sind. In einem Land wie Guatemala, wo Mais eines der Grundnahrungsmittel ist, haben solche Preiserhöhungen drastische Auswirkungen auf das Budget und somit auf die Ernährung der einzelnen Familien. Die Welternährungsorganisation FAO befürchtet, dass durch den Anstieg des Maispreises in Kombination mit dem Klimawechsel ein wachsendes Risiko für die Garantie der Ernährungssicherheit vor allem der KleinproduzentInnen in ärmeren Regionen besteht.

Die Produktion von Ethanol hat sich seit Beginn des Jahrhunderts vervierfacht und es wird damit gerechnet, dass im Jahr 2006 ein Fünftel der weltweiten Produktion von gelbem Mais in die Autotanks geflossen ist. Die Nichtregierungsorganisation CONGCOOP rechnet vor, dass sich Guatemala von einem Land, das sich noch im Jahr 1985 mit Mais selbst versorgen konnte, in ein vom Maisimport abhängiges gewandelt hat. Aktuell wird ein Drittel des landesweit konsumierten Mais importiert.

Wie kommt das? Der Vizeminister für Ernährungssicherheit, César Fión, betont, dass die Verteuerung des Mais nichts mit der Inkraftsetzung des Freihandelsabkommens CAFTA mit den Vereinigten Staaten zu tun habe, da dort entsprechende Schutzmechanismen vorgesehen seien, die einen dermassen rasanten Preisanstieg, wie er im Moment festzustellen sei, verhindern. Die schrittweise Aufhebung der Einfuhrzölle für Mais sei erst für das Jahr 2015 vorgesehen. Das Problem des steigenden Preises sei vielmehr, so Fión, dass Tausende von Zentnern Mais illegal nach Mexiko geschmuggelt würden und es so vor allem in den Grenzregionen zu Mexiko zu einer Verknappung und entsprechenden Verteuerung des Mais komme. (Der Maispreis in Mexiko wurde durch die ebenfalls wegen der Ethanolproduktion ausgelöste so genannte Tortilla-Krise Mitte letzten Jahres innerhalb kürzester Zeit verdoppelt, der billigere Mais aus Guatemala findet entsprechend guten Absatz auf dem mexikanischen Markt.)

Eine weitere Besorgnis erregende Entwicklung findet im Osten des Landes statt, wo ausländische Unternehmen begonnen haben, von den BäuerInnen Land zu pachten, um darauf Zuckerrohr für die Ethanolproduktion anzubauen. Es ist absehbar, dass die BäuerInnen mit dem Pachtgeld nicht überleben können

und darauf angewiesen sein werden, auf diesen Zuckerrohrplantagen Arbeit zu finden.

GegnerInnen des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten argumentieren jedoch, dass in diesem Abkommen zuwenig Schutzmechanismen eingebaut sind, um die Asymmetrien zwischen den Zentralamerikanischen und US-amerikanischen Wirtschaftssystemen auszugleichen. So können z.B. die MaisproduzentInnen Guatemalas, die an steilen Hängen und meist in Handarbeit produzieren, auch auf dem guatemaltekischen Markt nicht mit dem importierten, in mechanisierter Produktionsweise hergestellten und staatlich subventionierten US-Mais konkurrieren. Die gesteigerte Nachfrage nach Mais und die Inkraftsetzung des CAFTA habe Guatemala noch verletzlicher gemacht, was die Fluktuationen auf dem Weltmarkt des Mais betrifft, heisst es in einer Erklärung der CONGCOOP.

Gemäss dem Mesoamerikanischen Frühwarnungssystem für die Ernährungssicherheit (MFEWS), werden die kommenden Monate vor allem für die armen Familien schwierig werden. Es ist die Zeit, wo die selbst produzierten Vorräte zu Ende gehen, und bis zum Beginn der Ernte im August/September die Grundnahrungsmittel dazugekauft werden müssen.

Die Erhöhung des Maispreises wird einen Rückgang des Konsums zur Folge haben, der jedoch nicht wettgemacht werden kann durch den zusätzlichen Konsum von Bohnen oder Reis, da die Preise dieser beiden Grundnah-

rungsmittel noch höher sind als derjenige des Mais. Im Fall des Reises hat die Preissteigerung u. a. damit zu tun, dass in den USA der Anbau von Reis durch den für die Ethanolproduktion verwendeten Mais ersetzt wurde.

Der Dachverband der guatemaltekischen BäuerInnenorganisationen, CNOOC, hat im ganzen Land rund 50 Gemeinden ausgemacht, die in den nächsten Wochen mit einer durch die Lebensmittelknappheit ausgelösten Hungersnot rechnen müssen. Die Antwort der guatemaltekischen Regierung darauf ist eine vorübergehende Lebensmittelhilfe für die betroffenen Familien.

Der ehemalige Leiter des Sekretariats für Ernährungssicherheit (SESAN), Andrés Botrán, hat Ende Mai aus Protest gegen diese Politik seinen Posten gekündigt. „Nahrungssicherheit geht weiter als die Bekämpfung von Unterernährung. Wir können nicht einen Heiligen ausziehen, um damit einen anderen zu bekleiden“, erklärte Botrán seine Rücktritt. Nichtregierungsorganisationen sind besorgt über die Kündigung des Sekretariatsleiters und die Richtung, welche die Regierung in Sachen Ernährungssicherheit eingeschlagen hat.

Man könne die Situation nicht mit assistentialistischer Lebensmittelhilfe wie nach einer Naturkatastrophe lösen, sondern es müsste an den strukturellen Ursachen (er bezog sich damit u. a. auf das Freihandelsabkommen CAFTA) der Lebensmittelknappheit etwas verändert werden, erklärte Rony Palacios vom guatemaltekischen Netzwerk für Ernährungssicherheit (Redsag).

## Infantile chronische Unterernährung

**Guatemala, 4. Juni.** In Guatemala ist eins von zwei Kindern unter 3 Jahren chronisch unterernährt, in 85 Verwaltungsbezirken sind es gar 8 von 10, also 65%. Mit einem genauen Wert von 49,3% chronisch unterernährten Kindern unter 5 Jahren steht das Land an der Spitze Lateinamerikas. Zur Ernährungssituation summiert sich noch der eingeschränkte Zugang zu grundlegender medizinischer Versorgung und zum Bildungswesen gerade in den ersten Vorschuljahren. (Kindergärten gibt es, wenn überhaupt, gegen Bezahlung nur in städtischen Regionen.) Somit ist die physische wie intellektuelle Entwicklung der Kleinen von Anfang an gefährdet.

Im Mai stellte die Regierung das seit 2006 laufende Programm zur Reduzierung der Chronischen Unterernährung vor, das präventiv mit Ernährungsunterstützung und -Erziehung für Mutter und Kind sowie die Sorge um beider Gesundheit darauf ausgerichtet ist, bis 2016 den Index der Unterernährung auf die Hälfte zu reduzieren. Als indirekte Komponen-

ten des Programms werden Wasserversorgung und Sanierung, kommunale Organisation und die Verbesserung der familiären Wirtschaft verstanden.

Vizepräsident Eduardo Stein wagt sich an klare Worte. So ist die Unterernährung nicht bloss Folge des hohen Armutsniveaus, sondern vor allem des Ausschlusses der Betroffenen aus dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und Umweltleben. Entsprechende Bemühungen müssten über die jeweilige Regierungszeit hinaus auf Dauer angelegt sein.

Um nun auch weitere Sektoren der Gesellschaft von der Notwendigkeit entsprechender Massnahmen zu überzeugen, wurden Anfang Juni nun Wirtschaftszahlen vorgelegt. Das Welternährungsprogramm berechnete, dass die Unterernährung in Guatemala im Jahr 2004 US-\$ 3,128 Mrd. gekostet hat, in ganz Zentralamerika mit der Dominikanischen Republik waren es US-\$ 6,6 Mrd. Hier starben 24'000 Kinder an Hunger, die Hälfte davon in Guatemala.

## Woher isst die ländliche Bevölkerung?

**Guatemala, 08. Juni.** Obwohl die Landwirtschaft nach wie vor die Haupteinkommensquelle der ländlichen Bevölkerung Guatemalas ist, reicht sie immer weniger aus, um einer Familie das Überleben zu sichern. Immer mehr sehen sich die Leute gezwungen, ihre Einkommensquelle zu diversifizieren und betätigen sich stärker im Handel, im Dienstleistungssektor oder leben von Geldern, die ihnen Verwandte aus dem Ausland überweisen. Zu diesen Ergebnissen kommt die soeben veröffentlichte Studie „Aktivitäten zur Generierung ländlichen Einkommens – ein Ländervergleich“ der *Welternährungsorganisation* (FAO). Die FAO-Studie wurde in verschiedenen Ländern durchgeführt und hatte zum Ziel, die unterschiedlichen Einkommensmöglichkeiten und so den Zugang zu den lebenswichtigen Gütern der ländlichen Bevölkerung zu untersuchen.

Gemäss der Studie leben nach wie vor rund 90% der (armen) ländlichen Be-

völkerung vom Ackerbau. Immer mehr Leute sähen sich jedoch gezwungen, andere Einkunftsmöglichkeiten zu entwickeln, was aber mangels Bildung und Wissen der Bauern und Bäuerinnen oftmals sehr schwierig sei.

„Die nicht-landwirtschaftlichen Aktivitäten in ruralen Gegenden, auch wenn sie rentabler sind als die Landwirtschaft, sind für viele arme Familien keine Alternative, da sie nicht über die dafür notwendigen Grundbedingungen wie Ausbildung, Kapital bzw. Zugang zu Krediten nicht verfügen“, erklärt der FAO-Vertreter Kostas Stamoulis. Bloss 18% des Einkommens armer Familien stammt aus nicht-landwirtschaftlichen Arbeiten, während es bei wohlhabenderen Familien auf dem Land 50% des Einkommens sind.

Eine andere Studie, herausgegeben von der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) stellt fest, dass rund 30% der guatemalteckischen Bevölkerung

mehr als die im Arbeitsgesetz festgeschriebenen 48 Stunden pro Woche arbeiten (bei einer 5-Tageweche sind das 9.6 Stunden, bei einer 7-Tageweche 6.8 Stunden täglich). Die Schlussfolgerung der Studie ist, dass die Leute zu so horrenden Arbeitspensen gezwungen sind, weil sie sonst nicht genügend Geld zum Überleben verdienen und weil viele Unternehmen ihre Angestellten dazu zwingen, Überstunden zu machen.

Gemäss einer weiteren Information der ILO soll der am 12. Juni zelebrierte „Tag gegen die Kinderarbeit“ dem Thema der Kinderarbeit in der Landwirtschaft gewidmet sein mit dem Ziel, diese zu eliminieren oder mindestens zu reduzieren. Die ILO geht davon aus, dass rund 100 Mio. Kinder weltweit in der Landwirtschaft und auf Plantagen arbeiten und dabei Pestiziden ausgesetzt sind, mit schweren Maschinen hantieren und extreme Wetterbedingungen aushalten müssen.

## Politische oder apolitische Gewalt?

**Guatemala, 05. Juni.** Bis Ende Mai meldeten die guatemalteckischen Medien die Ermordung von bisher 45 KandidatInnen und SympathisantInnen verschiedener Parteien, alle umgebracht im Rahmen des aktuellen Wahlkampfes. Die jüngsten Beispiele sind die Ermordung des Bürgermeisterkandidaten für Zacapa der Partei *Encuentro por Guatemala* (Partei, für die Rigoberta Menchú kandidiert) und eines Aktivisten der *Frente Republicano de Guatemala* (Partei von Efraín Ríos Montt) in Escuintla am letzten Mai-Wochenende. Die meisten Tote hat bisher die Partei des die Umfragen anführenden Präsidentschaftskandidaten Álvaro Colom, die *Unidad Nacional de Esperanza* (UNE) zu verzeichnen. Gemäss der Wahlbeobachtungsmission der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) ist in den nächsten Monaten mit einer weiteren Zunahme der Gewalt zu rechnen.

Allgemein ist man sich einig, dass es sich in diesen Fällen um „politische“ Gewalttaten handelt und hat dafür auch bereits einen entsprechenden Begriff kreiert: Vor-Wahl-Gewalt, von der grundsätzlich jeder und jede betroffen sein kann, der oder die sich politisch exponiert. Fachleute unterscheiden dabei zwischen drei verschiedenen Arten politischer Gewalt: parteiinterne, zwischen den Parteien ausgeübte und vom organisierten Verbrechen ausgehende Gewalt.

Gleichzeitig ist in den letzten Monaten eine Zunahme von Überfällen und Drohungen gegen Nichtregierungsorganisationen zu verzeichnen (siehe ¡Fijáte! 386). Diese Angriffe werden in der Regel von den Medien und den zuständigen Behörden als „kriminelle Raubüberfälle“ bezeichnet, womit ihnen einerseits abgesprochen wird, dass sie möglicherweise politisch motiviert sind. Andererseits verbucht man sie lakonisch unter dem „Naturereignis“ Vor-Wahl-Gewalt und geht zur Tagesordnung über.

Das jüngste Beispiel für einen solchen „apolitischen Überfall“ ist die Ermordung von María Cristina Gómez, und ihrem Sohn Conrado Gómez, die am 3. Juni in der Gemeinde El Chal, Petén, morgens um halb sechs in ihrem eigenen Haus erschossen wurden. María Cristina Gómez war Mitarbeiterin der Frauenpastorale von Santa Ana und El Chal und ebenso wie ihre Tochter Edith, die bei dem Überfall verletzt wurde, Mitglied der Frauenorganisation Ixqik.

Die sich ehemals stark zum Thema der Frauenmorde engagierende Organisation, die ihre Büros in Santa Elena hat, wurde seit 2005 mehrmals überfallen und ihre Mitarbeiterinnen bedroht, was dazu führte, dass sich die Frauen eine neue Strategie für ihre Arbeit überlegten und einen Teil des Personals auswechselte. Die Hauptarbeit von Ixqik konzentriert sich seither auf politische Bildungsarbeit im öffentlichen und privaten Um-

feld für Frauen, während der Bereich der juristischen Beratung und Begleitung gewaltbetroffener Frauen an die Sozialpastorale abgegeben wurde, bei der die ermordete María Gómez arbeitete.

Die Morde an Frau Gómez und ihrem Sohn unter dem Klima der Vor-Wahl-Gewalt einzuordnen, wäre eine Simplifizierung der Tatsachen. Niemand in dieser Familie und keine der nationalen und internationalen Organisationen, die in den letzten Monaten überfallen wurden, sind parteipolitisch aktiv, sondern sie arbeiten für Entwicklung, Demokratisierung und Gerechtigkeit in Guatemala.

Worum geht es dann, welche Botschaft will man an welche EmpfängerInnen richten? Gemäss eines Kommentars von Helmer Velázquez in der Internetzeitschrift *Albedrío* geht es bei solchen Drohungen darum, den internationalen Nichtregierungsorganisationen und ihren guatemalteckischen PartnerInnen klarzumachen, dass jegliche Bemühungen und Demokratie im Land keine Zukunft haben und dass die Internationale Zusammenarbeit mit Guatemala für die Katz ist. – Wenn das keine hochpolitische Botschaft ist!

Die Redaktion des ¡Fijáte! solidarisiert sich mit allen sozialen Organisationen in Guatemala, die (politischen oder apolitischen!) Überfällen oder Drohungen ausgesetzt sind und ermutigt sie, mit ihrer wichtigen Arbeit weiterzumachen.

## Barbarischer Regen und tatenlose Autoritäten

**Guatemala, 07. Juni.** Er hiess Bárbara, der Regensturm, der Anfang des Monats über den Westen Guatemalas hinweg in Richtung Mexiko zog und seine Spuren hinterliess: In der am Pazifik gelegenen Gemeinde Ocós, Departement San Marcos, deckte er hunderte von Häusern ab und überschwemmte den Grossteil der Felder. Die BewohnerInnen mussten die Region verlassen und sind zumeist in temporären Herbergen untergebracht. Der strömende Regen hält derweil im westlichen Hochland, dem Süden und an der Pazifikküste an und hat bereits zwei Todesopfer gefordert. In San Antonio Palopó, Sololá, wurden zwei Kinder während der Feldarbeit in einem Flusstal von den Wassermassen verschüttet. Im Departement Escuintla, in dem besonders häufig bei Regenfällen die Flüsse über die Ufer treten, stehen ebenfalls ganze Gemeinden unter Wasser, einige Abschnitte der Überlandstrassen sind schon beschädigt.

Und das ist erst der Anfang der diesjährigen Regenzeit, die sich bis November hinziehen wird. Erwartet werden bis dahin insgesamt 16 „grosse“ Regensterme, von denen acht als so signifikant eingeschätzt werden, dass sie einen eigenen Namen bekommen sollen, wie Bárbara. Allein im Monat Mai lag der Niederschlag um 84% über den normalen Werten.

Die Erinnerungen an, Erfahrungen mit und die weitläufige Zerstörung durch den Tropensturm *Stan* im Oktober 2005 liegen gerade einmal anderthalb Jahre zurück. Anderthalb Jahre, in de-

nen von autoritärer Seite hehre Versprechen eingegangen und gute Vorsätze gefasst wurden. Die wenigsten davon sind bis heute erfüllt. Auch wenn die Verkehrsinfrastruktur weitgehend repariert oder ersetzt wurde, sind von den angekündigten Wohnprojekten noch kein einziges fertig gestellt, 7911 betroffene Familien (80% aller) leben immer noch in überfüllten Herbergen ohne die geringste Grundausrüstung, die übrigen, die auf ein neues Heim warten, mussten sich einmieten oder sind bei Angehörigen untergekommen. Für etwa die Hälfte der neu anzusiedelnden Familien sind vom Staat mittlerweile 48 Fincas gekauft worden, von denen die ersten derzeit urbar gemacht werden.

Das Sozialaudit des Wiederaufbaus nach *Stan* durch die BürgerInneninitiative *Acción Ciudadana* (AC) hat unterdessen Zweifel angemeldet angesichts des plötzlichen Anstiegs der Anträge auf Wohnungsbaubsubvention von 13'558 auf 22'054. Offiziell wird das Phänomen dadurch erklärt, dass bei der ersten Befragung viele Familien nicht zugegen gewesen wären und die *Katastrophenschutzkoordinationsstelle* CONRED eine neue Umfrage mit den neuen Ergebnissen durchgeführt habe. Auf Nachfrage weiss man bei CONRED nichts von dieser Umfrage. *Acción Ciudadana* befürchtet einen wahlpolitischen Missbrauch von öffentlichen Geldern, und dass viele der „neuen“ AntragstellerInnen in persönlicher Beziehung zu EntscheidungsträgerInnen stehen. Auch die schleppende Übergabe von Wohnhäusern an die Betroffenen und die Tatsache, dass nur ein geringer Teil der Bauten tatsächlich mit allen Versorgungsleistungen ausgestattet sind während die übrigen bloss aus zwei Wohnräumen bestehen sollen, weil das Geld nicht für mehr reiche, stellt AC in Frage.

Bereits seit Anfang des Jahres wurden die meteorologischen Vorhersagen der zu erwartenden Regenzeit bekannt gemacht und zahlreiche Gemeinden, die nach *Stan* immer noch in temporären Unterkünften aus Blech und Plastik leben, machten wiederholt auf ihre prekäre Situation aufmerksam. Doch erst Mitte Mai stellte CONRED ihren Katastrophenvorsorgeplan 2007 vor. Dabei versicherte sie, sowohl ausreichend Räumlichkeiten für die temporäre Unterbringung von Evakuierten sowie zur Lagerung von Hilfsgütern vorbereitet und Einsatz- und Räummaschinerie in Stellung gebracht zu haben.

Doch das *Menschenrechtsprokurat* (PDH), das den Generalplan vor Ort jeweils überprüfte und sich dabei von lokalen Autoritäten begleiten liess, konnte nichts davon bestätigen. Im Gegenteil, es gebe nicht einmal eine Liste

der für den Einsatz vorgesehenen Unterkünfte, von einer entsprechenden Vorbereitung der möglichen Herbergen in ausgewiesenen Risikozonen ganz zu schweigen. Diese würden erst im tatsächlichen Fall in Funktion genommen.

Dabei hat auch CONRED bereits Schätzungen vorgenommen: Demnach laufen im ganzen Land 390'538 Personen Gefahr von Überschwemmungen betroffen zu werden, während 25'500 durch Erdrutsche gefährdet sind. Allein 20'000 von diesen leben in 32 exponierten Ansiedlungen in und nahe der Hauptstadt.

Dort wurde gerade der ausgerufenen Notstand im Stadtviertel San Antonio, Zone 6, ein weiteres Mal verlängert, wo sich seit dem 22. Februar ein riesiges Loch auftut. (siehe ¡Fijátes! 380, 381) Inzwischen ist die These widerlegt, der Krater habe sich aufgrund von geologischen Verschiebungen aufgetan. Genauere Untersuchungen weisen vielmehr darauf hin, dass dieser auf die fehlende Instandhaltung des Abwassersystems und hier konkret um die Verstopfung der Zu- und Abflüsse des unterirdischen Sammelbeckens zurückzuführen ist. Zudem gäbe es an dieser Stelle einen unterirdischen Fluss, der seine Wasser durch die Kanäle transportiert. Die gegenseitigen Beschuldigungen zwischen Stadtverwaltung und Regierung führten dazu, dass erst einen Monat nach dem Unglück mit den Reparaturarbeiten begonnen wurde, die mindestens sechs Monate dauern werden.

Das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) hat mittlerweile festgestellt, dass dem *Nationalen Meteorologischen Institut* (INSIVUMEH) bereits 1989 aus San Antonio gemeldet wurde, dass etwas mit den Dränagen nicht in Ordnung sei und die Erde immer wieder beben würde. 1997 wiederholten die AnwohnerInnen ihre Klage, reichten sie diesmal beim *Municipalen Wasserunternehmen* (EMPA-GUA) ein. Jetzt nach dem Aufriss des Kraters, behaupten die Autoritäten, am 18. Februar dieses Jahres das erste Mal von der Problematik gehört zu haben, als ein Fernsehsender davon berichtete und AnwohnerInnen interviewte.

Derweil wird das Gelände von PolizeibeamtInnen gesichert, die aber bereits Unmut provoziert haben. Nachts, so beschwerten sich die AnwohnerInnen, würden sie betrunken Skandale machen oder sässen herum und spielten Karten, anstatt ihrem Job nachzugehen.

Und das unterirdische Grollen geht weiter, während die beginnende Regenzeit den Abwasserstrom anwachsen lässt und Ungeziefer und Gestank in das Viertel treibt, in dem immer noch in gefährlicher Nähe zu dem Krater die BewohnerInnen auf Hilfestellung wartet.

### ¡Fijátes!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**  
**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**  
**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**  
**Redaktion:**  
**Barbara Müller**  
**Christiane Treeck**  
**c-tree@gmx.net**  
**Aboverwaltung:**  
**Ewald Seiler**  
**Rahel-Varnhagen-Str. 15**  
**79100 Freiburg**  
**fijate@web.de**  
**Jahres-Abo: 55.- €**  
**Auslands-Abo: 60.- €**  
**E-Mail-Abo: 50.- €**  
**Erscheinungsweise 14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**  
**www.guatemala.de/Fijate**

## ¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

### Müll wählen

Wenige Tage bevor die Wahlkampagne eingeläutet wurde, traf ich auf der Dorfstrasse den Bürgermeisterkandidaten der *Patriotischen Partei* von General Otto Pérez Molina (Kommandant der blutrünstigen Militärkaserne des Departaments Quiché in den schlimmsten Jahren des Krieges und später Direktor des schrecklichen Militärgeheimdienstes). Der Herr Kandidat, ein Universitätsdozent, erklärte mir – und ich glaube, er versuchte sich zu rechtfertigen: „Ich bin einige Male in die Hauptstadt gefahren, um mit dem Kommandanten Monsanto (Ex-Guerillaführer und Leiter der jetzigen Partei *Allianz Neue Nation ANN*) zu sprechen, aber er hat mich nie empfangen. Am Ende hat er mich gerade einmal angehört, als wir zusammen den Parteisitz verliessen. Also hab ich mir gesagt: Wenn der Kommandant mich nicht unterstützt, gehe ich halt zum General.“

Seht ihr, wie leicht das geht? So wird ein Kandidat geschaffen, ein politischer Führer!

Die Szene könnte aus einem Film von Cantinflas (eine Lateinamerikaweite Kult-Filmfigur, dargestellt vom mexikanischen Komiker Fortino Mario Alfonso Moreno Reyes (1911 – 1993, die Red.) stammen, aber das tut sie nicht. Im Gegenteil: Sie kommt in der Vorwahlzeit ziemlich häufig vor. Selbstverständlich, nicht alle KandidatInnen sind Emporkömmlinge, nicht alle so plump wie diese Person. Es gibt andere, die sich von Parteien mit blutiger Vergangenheit protegiert lassen und ausgefeiltere Gründe nennen; wieder andere, wenige, verfolgen solidere, langfristige politische Projekte – die aber normalerweise nur sie und ihre AnhängerInnen verstehen. Ich behaupte, dass die Gezeiten der Vorwahlen viel zu viel Müll an die Oberfläche spülen, Personen, die schlichtweg Hohlköpfe sind und die Ambition haben, mit den Leuten zu spielen und mit allen möglichen Versprechenslügen um sich zu werfen.

Soviel zu den KandidatInnen. Und, wenn wir überlegen, dass unser Parteiensystem dermassen an den Besitz einer bestimmten Menge an Millionen gebunden ist, ist es leicht herauszufinden, was alle wissen, aber was die da oben verstecken: Diese Demokratie besitzt eine lächerlichen Anteil an *demos*

(Volk) und der Rest ist Geld. Die Schlussfolgerung ist zum Verzweifeln: Dieses System reproduziert fast unerbittlich just die Perversionen, unter denen wir leiden: Der massive Ausschluss, die totalen Kriege und unser Selbstmord als Planet.

Aber beobachten wir die Leute, die sich dieses Schauspiel ansehen. In den Wahl-Gezeiten werden sie an öffentlichen Plätzen in den Dörfern und Orten von Lärm und Propaganda-Liedchen überschwemmt; Bäume, Wände und Steine sind bemalt mit Parteisymbolen. Die Herzen der Leute, die mit ihrer alltäglichen Routine oder ihren Überlebensängsten beschäftigt sind, erhalten dann neue Reize, die Versprechen der Parteien. Männliches Grinsen, das auch für Zahnpasta-Werbung stehen könnte, versichert von riesigen Plakatwänden, das Blaue vom Himmel über unserer sozialen Misere herunterzuholen, im Austausch gegen eine Wahlstimme.

In der Seele der Leute bewegen sich verschiedenste Gefühle, oftmals sind sie miteinander vermischt: „Und was wäre, wenn wir den Kandidaten unterstützen, der dem Anschein nach gewinnen wird? – Aber der General, der Besitzer der Partei, hat ziemlich viele Probleme mit dem Krieg... Er hat befohlen, unsere Verwandten zu massakrieren! – Aber schlussendlich hat er selbst nicht getötet, er war in der Hauptstadt. Ausserdem war die Guerilla schuld. – Das stimmt. Und was heute interessiert ist, einen Job zu finden oder Projekte für das Dorf. – Und sind nicht irgendwie alle Parteien gleich? Die anderen sind eben im Drogenhandel...“

Der Wahlakt entspricht dem Umgang mit Gefühlen, die durch Gerüchte und Versprechen beeinflusst sind. Es werden keine Regierungsprogramme über die wirklich wichtigen Themen diskutiert: Was wird aus der Justiz? Was wird aus der Lebensqualität (Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Infrastruktur)? Wie steht es um die wirkliche Beteiligung, ohne Ausschluss? Wie steht es um die nationale Souveränität (Ernährung und Naturressourcen)? etc.

Deswegen verstehe ich eine andere Haltung, auf die ich auch immer wieder treffe, durchaus. Viele Männer und Frauen schauen sich diesen Tumult an

und schweigen. Er zieht einfach an ihnen vorbei. Niemand hat ihnen beigebracht, in politischer Sprache auszudrücken, was sie denken und niemand bietet ihnen alternative Antworten an. Einen leeren Stimmzettel abgeben? Aber was wird dann aus unserer Demokratie? Nichtsdestotrotz errate ich in ihrem distanzierten Schweigen jene Unstimmigkeit, die der spanische Meister Miguel de Unamuno für gewöhnlich ausdrückte: „dies ist es nicht und das ist es nicht...“ Wer interpretiert und kümmert sich um diese Stimmen der schweigenden Mehrheit?

Ich ziehe es vor, mich diesen vorsichtigen, schweigenden und zum Schweigen gebrachten BürgerInnen anzunehmen. In ihnen entdecke ich, dass die Identität (welche die kollektive Erinnerung und der Entwurf eines Lebens in Würde ist) nicht für einen Teller Bohnen zu verkaufen ist oder für einen Parteibeitritt. Ich verstehe durch sie, dass die Demokratie, die uns aufgedrückt wird, die Aufkündigung unsere Identität mit einschliesst. Diese Demokratie zielt darauf ab uns glauben zu machen, dass die Leidenschaften in der Vorwahlzeit alle vier Jahre das Gleiche sind wie die Leidenschaften, die tagtäglich unsere Identität als gedemütigte Frauen und Männer nähren, als ausgeschlossene Maya, als Opfer der Straflosigkeit, als ausgeraubtes Land, als Peripherie der Welt... Politische Parteimitgliedschaft anstelle von Identität, das scheint die Formel zu sein. Und sie scheint zu funktionieren.

In verlassenen Gegenden unseres Guatemalas stehen handgeschriebene Schilder mit anregenden Rechtschreibfehlern. Auf einigen steht in Grossbuchstaben: „*PROVIDO VOTAR BASURA*“ (wörtliche Übersetzung: Es ist verboten, Müll zu wählen.) Sie schreiben „wählen“ anstelle von „(in die Gegend) werfen“ (v und b werden oft synonym verwendet, was aber die Bedeutung des Wortes völlig verändern kann). Ich gestehe, ich kann beim Lesen ein arglistiges Schmunzeln nicht unterdrücken. „Das ist es“, sage ich mir dann, „was uns noch bleibt in diesem Possenspiel, das sie immer noch repräsentative Demokratie nennen: Wir stellen auf allen Wahlischen Schilder auf mit der Aufschrift: „Es ist verboten, Müll zu wählen“.